

KOMMENTAR

Jetzt wird es ernst

Thema: Großbritanniens EU-Austritt

VON CHRISTOPH PEPPER

Brexit means Brexit - jetzt wird es ernst. Wenn die britische Regierung wie angekündigt am nächsten Mittwoch das förmliche Austrittsgesuch in Brüssel einreicht, läuft die Stoppuhr. Und zwar gemäß Vertragsstatuten genau zwei Jahre lang. Dann muss das komplexe Thema Scheidung durchverhandelt sein, der Schnitt vollzogen werden können.

Niemand glaubt ernsthaft, dass das tatsächlich machbar sein könnte. Zu mehr als 20 000 Gesetzen und Regelungen müssen Einigungen gefunden werden, was kompliziert genug

werden dürfte. Es geht dabei aber auch um eine ganze Menge Geld - nicht zuletzt um von Großbritannien bereits eingegangene Zahlungsverpflichtungen. 60 Milliarden Euro werden von Experten genannt, die auch nach dem Ausstieg noch gezahlt werden müssten - man könne schließlich nicht mit 27



Freunden in einen Pub gehen, eine Runde Bier bestellen und dann einfach abhauen.

Das hatte sich die Brexiteers anders vorgestellt. Die letzte britische Nettozahlerdifferenz von 11 Milliarden Euro hatten sie fröhlich für den eigenen Haushalt verplant und damit beispielsweise schon mal prophylaktisch das nationale Gesundheitssystem saniert - quasi ab Tag der Volksabstimmung. Jetzt muss man auf einmal auch noch Geld für den Austritt zahlen, ganz gleich, was am Ende der Verhandlungen auf dem Rechnungszettel steht. Das dürfte die auch nach dem Brexit-Schock weitverbreiteten EU-Ressentiments nicht gerade abbauen, zeigt aber ein weiteres Mal, auf welcher unehrlichen Basis die Austrittskampagne geführt wurde.

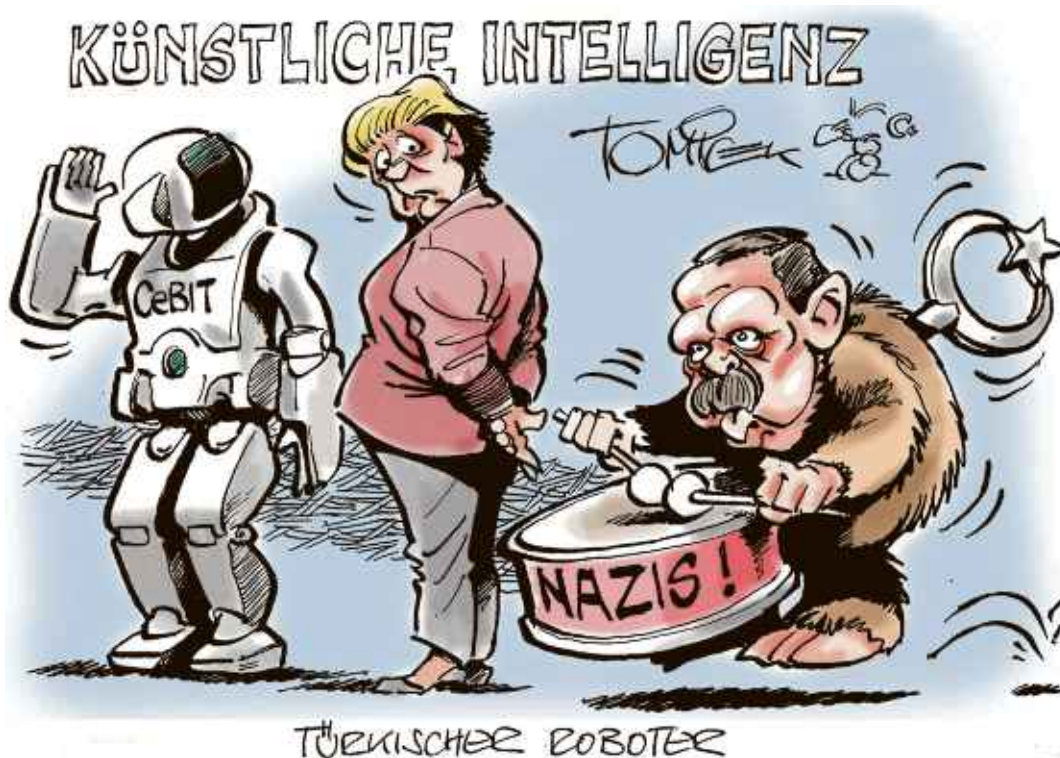
Die Europäische Rest-Union wird den Briten nichts schenken, soviel ist gewiss. Sie wird aber auch ein Interesse daran haben, das Land weiter so eng wie möglich an sich zu binden: vor allem wirtschaftlich natürlich, schon im eigenen Interesse. Aber eben auch politisch und ideell. Großbritannien gehört nun einmal zu Europa, und das wissen viele Briten ebenso wie andere Europäer. Die Scheidung einvernehmlich zu gestalten, ist Voraussetzung für eine Wiederannäherung in der Zukunft. Auch wenn die einige Zeit brauchen wird.

DA WAR NOCH

Völlig betrunken und bekifft haben zwei Arbeiter die Produktion des BMW-Werks in München lahmgelegt. Die beiden Männer hatten nach BMW-Angaben vom Montag reichlich Alkohol getrunken und zudem einen Joint mit einer synthetischen Kräutermischung geraucht. Vor Ende ihrer Spätschicht kollabierten die beiden, Kollegen riefen den Notarzt. Das Fließband stand für 40 Minuten still. Es sei das erste Mal gewesen, dass die Pro-



duktion aufgrund von Alkohol oder Drogen gestoppt werden musste. „Der Schaden beläuft sich auf einen mittleren fünfstelligen Betrag“, sagte der Sprecher über den Vorfall Anfang März. (dpa)



DIE ZAHL

58

Donald Trump stößt mit seiner Politik bei einer wachsenden Mehrheit seiner Landsleute auf Ablehnung. In einer Umfrage des Gallup-Instituts bewerteten nur noch 37 Prozent Trumps Amtsführung als positiv. Dagegen missbilligten 58 Prozent seine Arbeit. Die Erhebung zeigt einen Einbruch der Zahlen nach Trumps unbewiesenen Abhörvorwürfen an die Adresse von Barack Obama. Zu Beginn seiner Amtszeit hatten noch 45 Prozent ihre Zustimmung zu Trumps Präsidentschaft bekundet. (dpa)

Heimspiel für Kraft

Das erste Duell: Die Ministerpräsidentin und ihr Herausforderer trafen bei einer DGB-Veranstaltung aufeinander. Beide können punkten.

Von Lothar Schmalen

Düsseldorf (nw/los). Die beiden Kontrahenten hatten gerade Platz genommen, da schrillte die Sirene. Feueralarm im ehrwürdigen Robert-Schumann-Saal im Museum Kunstpalast in Düsseldorf! Den Organisatoren vom DGB-Landesverband NRW wich die Farbe aus dem Gesicht. Sahen sie doch den Coup, den sie gelandet hatten, im letzten Moment noch akut gefährdet. Schließlich war es ihnen gelungen, gleich zu Beginn des NRW-Wahlkampfes und lange vor den verabredeten TV-Streitgesprächen Anfang Mai das erste Duell zwischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihrem CDU-Herausforderer Armin Laschet auf die Beine zu stellen.

Doch schnell war klar, dass der Alarm nur durch eine zu stark qualmende Pfanne in der Küche des Museumshauses ausgelöst wurde. Mit halbstündiger Verspätung konnte die Veranstaltung vor rund 500 Gästen deshalb beginnen.

Den schwereren Part dabei hatte sicher CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet, für den das Streitgespräch in den weißen Sesseln auf der Bühne der Gewerkschaftsveranstaltung eher ein Auswärtsspiel war. Während das Publikum bei fast jedem Beitrag der Minis-

terpräsidentin Beifall klatschte, rührte sich für den Oppositionsführer keine Hand. Fast keine Hand. Denn einmal, als Armin Laschet die von Innenminister Ralf Jäger „erfundenen“ Blitzermarathons als PR-Saal im Museum Kunstpalast in Düsseldorf! Den Organisatoren vom DGB-Landesverband NRW wich die Farbe aus dem Gesicht. Sahen sie doch den Coup, den sie gelandet hatten, im letzten Moment noch akut gefährdet. Schließlich war es ihnen gelungen, gleich zu Beginn des NRW-Wahlkampfes und lange vor den verabredeten TV-Streitgesprächen Anfang Mai das erste Duell zwischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihrem CDU-Herausforderer Armin Laschet auf die Beine zu stellen.

Bei der Podiumsdiskussion zwischen Hannelore Kraft und Armin Laschet nutzte die Ministerpräsidentin das Heimspiel, das ihr der DGB NRW bot, professionell. Natürlich punktete sie bei den sozialpolitischen Klassikern wie Mindestlohn, Begrenzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen. Und am Ende ging sie wohl auch als Punkt-sieger vom Platz. Allein schon weil ihre Rhetorik und ihre Aussagen klarer sind als die des

Gemeinsam regieren? Heftiges gemeinsames Kopfschütteln.

Herausforderers, der bei seiner Argumentation doch häufig sehr kompliziert wurde.

Und trotzdem schlug sich Laschet bei seinem Auswärtsspiel nicht schlecht. Der CDU-



Hannelore Kraft und Armin Laschet bei der DGB-Veranstaltung in Düsseldorf. Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

Spitzenkandidat, der in Umfragen zurzeit fast hoffnungslos hinter Hannelore Kraft und ihrer SPD zurückliegt, agierte in vielen Punkten durchaus angriffslustig. Und er arbeitete Unterschiede zwischen der SPD und der CDU heraus. Der gravierendste: Während die Regierungschefin noch einmal ankündigte, ihre Partei wolle Gebüh-

renfreiheit für 30 Kita-

Wochenstunden,

lehnen Laschet

und seine CDU die

sofortige Einfüh-

rung dieser Gebüh-

renfreiheit ab.

Unterschiede

zeigten beide auch

in der Steuerpolitik. „Nur

Reiche können sich einen

armen Staat leisten“,

formulierte

Kraft und sprach sich

für mehr Steuergerechtigkeit

aus. Damit war gemeint:

Höhere

Einkommen eher mehr belasten, niedrigere und mittlere Einkommen eher entlasten. Laschet machte dagegen aus seiner Abneigung gegen immer neue Steuern und höhere Steuern keinen Hehl.

Aber es gab in vielen Punkten auch Übereinstimmung zwischen den beiden Spitzenkandidaten – vor allem immer dann, wenn es um die Industriepolitik des Landes ging. Da wäre die Debatte vielleicht ergiebiger gewesen, wenn auch ein Politiker der Grünen dabei gewesen wäre, mochte mancher Beobachter denken. Oder, wie es eine Besucherin, die anonym bleiben wollte, formulierte: „Wenn man die beiden so reden hört, könnte man meinen, die beiden könnten gut miteinander regieren.“ Und provozierte damit wieder eine Gemeinsamkeit, nämlich ein gemeinsames heftiges Kopfschütteln.

IMPRESSUM

Mindener Tageblatt

Gegründet 1856 von J.C.C. Bruns als Minden-Lübbecke Kreisblatt, seit 1941 mit „Bote an der Weser“, Mindener Zeitung

Herausgeber:

Rainer Thomas & Sven Thomas (Verleger)

Christoph Pepper (Chefredakteur)

Politik/Wirtschaft/Panorama:
Thomas Traue (stv. Chefredakteur)
Lokales: Monika Jäger (Ltg.)
Nina Könnemann, Henning Wandel (Stv.)
Kultur: Ursula Koch
Sport: Marcus Riechmann
Anzeigen: Thomas Bouza Behm

Telefon: 0571 8820
Telefax: 0571 882 157
E-Mail: info@mt.de
Internet: www.MT.de

Verlag und Herstellung:
J.C.C. Bruns Betriebs-GmbH
Postfach 2140, 32378 Minden,
Obermarktstraße 26-30, 32423 Minden

Geschäftsführung:
Sven Thomas, Carsten Lohmann

Druck:
Bruns Druckwelt GmbH & Co. KG

Die Redaktion haftet nicht für unverlangte Einsendungen.

Das Mindener Tageblatt erscheint werktäglich vormittags, wöchentlich mit PRISMA, Wochenmagazin zur abonnierten Zeitung. Bezugspreis monatlich 29,95 EUR einschließlich Zustellerlohn, zuzüglich 0,25 EUR pro Erscheinungstag bei Postzustellung. Einzelpreis Mo.-Fr. 1,40 EUR, Sa. 1,90 EUR. Der Bezugspreis schließt 7 % MwSt. ein. Bei Bezugsunterbrechungen erfolgt ab dem 4. Tag der Unterbrechung eine anteilige Rückvergütung des Bezugspreises. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Quartals möglich. Sie sind schriftlich an den Verlag zu richten und müssen dort vier Wochen vor Quartalsende vorliegen (Datum des Poststempels). Bei Nichtbelieferung im Fall höherer Gewalt, bei Störungen des Betriebsfriedens, Arbeitskampf (Streik, Aussperrung) bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Es gilt Anzeigen-Preisliste Nr. 56 vom 1.1.2017.

Die Zeitung ist in allen Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne Genehmigung dürfen Beiträge oder Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenspeicher jeder Art.

Vollständige Liste aller Kontakte in Redaktion und Verlag unter MT.de/Kontakte

DREI FRAGEN AN ... Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

„Großer Nachholbedarf auf Länderebene“

Von Malina Reckordt

Das Versprechen vieler Länderinnenminister, mehr Polizeistellen zu schaffen, ist nach einer Recherche der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nur politischer Aktionismus. „Die Rechnung ‚mehr Polizei gleich mehr Sicherheit‘ geht vielerorts lange nicht auf“, sagt der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.

Warum bedeuten mehr Polizisten nicht mehr Sicherheit?

Weil zu wenig zusätzliche Polizisten eingestellt werden. Von 2015 bis 2021 werden 60 000 Polizeivollzugsbeamte pensioniert. Das sind etwa 30 Prozent aller Beamten. Neu eingestellt werden nur rund 72 000 Polizisten. Von den 12 000 neuen Kräften sind schon 7000 bei der Bundespolizei und Bundeskriminalamt neu im Dienst. Also bleiben 5000 Polizisten, die auf 16 Bundesländer verteilt werden müssen. Wir fordern 20 000 neue Polizisten,



Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der GdP. Foto: GdP-Bundesvorstand

diese Zahl wird längst nicht erreicht. Das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung scheint durch die Alltagskriminalität deutlich gestiegen zu sein und genau deshalb fordern Bürger mehr Polizeipräsenz. Durch die geringe Zahl an neuen zusätzlichen Polizisten kann die Sicherheit nicht erhöht werden. Der große Nachholbedarf auf Länderebene ist so nicht lösbar.

Was kann getan werden, damit mehr Polizisten im Vollzugsdienst arbeiten können?

Eine sinnvolle Maßnahme wäre es, vermehrt Quereinsteiger wie Bankkaufleute oder Informatiker für Verwaltungs-, Sach- und Analyseaufgaben als Tarifbeschäftigte einzustellen. Informatiker haben zum Beispiel im Bereich Internetkriminalität die nötigen Fachkenntnisse.

Sind die Herausforderungen an Bewerber zu hoch?

Nein, auf keinen Fall. Polizist ist ein schwerer Beruf, der viele Fähigkeiten über viele Jahre verlangt. In dem Auswahlverfahren müssen eben diese geprüft werden. Würde man die Ansprüche senken, bedeutet das gleichzeitig schlechtere Polizeiarbeit. Und das möchte keiner. Umfragen zeigen, wenn Polizisten zur Hilfe gerufen worden sind, haben die Beamten auch gute Arbeit geleistet. Erschwerend bei der Nachwuchsgewinnung kommt hinzu, dass die Abschlusszahlen sinken und die florierende Wirtschaft eine große Konkurrenz für sichere Jobs ist.